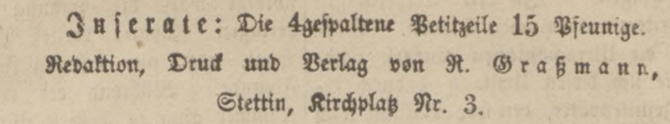
Abonnement für Stettin monatlich 50 Pfennige, mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierteljährlich 2 Mark, mit Landbriefträgergeld 2 Mark 50 Pfennige.


Inserate: Die 4gespaltene Petitzeile 15 Pfennige. Redaktion, Druck und Verlag von R. Graßmann, Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

Stettiner Zeitung.

Abend-Ausgabe. Donnerstag, den 19. Juni 1879. Nr. 280

Abonnements-Einladung.

Unsere geehrten Leser, namentlich die auswärtigen, bitten wir, das Abonnement auf unsere Zeitung recht bald erneuern zu wollen, damit ihnen dieselbe ohne Unterbrechung zugeht und wir sogleich die Stärke der Auflage feststellen können. Die reichhaltige Fülle des Materials, welches wir aus den politischen Tagesereignissen, aus den jetzigen so interessanten Reichstags- und Kammerberichten, aus den lokalen und provinziellen Begebnissen darbieten, die Schnelligkeit unserer Nachrichten ist so bekannt, daß wir es uns versagen können, zur Empfehlung unserer Zeitung irgend etwas zuzufügen. Wir werden auch fernerhin für ein spannendes und interessantes Feuilleton sorgen.

Der Preis der zweimal täglich erscheinenden **Stettiner Zeitung** beträgt außerhalb auf allen Postanstalten vierteljährlich nur **zwei Mark**, in Stettin **in der Expedition monatlich 50 Pfennige, mit Bringerlohn 70 Pfennige.**

Die Redaktion.

Deutschland.

** **Berlin**, 18. Juni. Nach der heutigen „Prov.-Korresp." scheint der Tag der Abreise des Kaisers um eine kleine Frist verschoben zu sein. Man spricht jetzt von Sonnabend oder Sonntag.

Der „Staatsanzeiger" hat am 17. Abends die Erhebung des Hausministers v. Schleinitz in den Grafenstand gemeldet. Damit hat meine am 16. gegebene Mittheilung, daß diese bereits angekündigte Erhebung sich nicht bestätige, ein Dementi erfahren. Zur Erklärung bemerke ich Folgendes: Die „Nat.-Ztg." brachte in der Morgennummer vom 12. Juni unter dem Datum des 11. Juni die Nachricht, es seien dem Vernehmen nach zahlreiche Standes- und Rangerhöhungen unter den obersten Hofchargen und unter den Beamten des Hofhalts erfolgt; u. a. solle der Minister von Schleinitz in den Grafenstand erhoben sein. Nun fand diese Nachricht in den nächsten Tagen nach keiner Seite hin Bestätigung. Auf Erkundigung bei zuverlässigen Gewährsmännern hörte man, daß von allen den erwähnten Standeserhöhungen bei Hofe bisher nichts bekannt sei. Der „Staatsanzeiger" fuhr fort, den Minister von Schleinitz täglich als Freiherrn zu bezeichnen. Es steht fest, daß die von der „Nat.-Ztg." am 11. Juni als vollzogen gemeldete Standeserhöhung erst am 15. Juni mit einem Handschreiben Sr. Majestät, wie die „Kreuz-Zeitung" berichtet, kundgegeben worden ist. Indem ich Ihnen meldete, daß die Erhebung in den Grafenstand nicht erfolgt sei, was bis Sonntag Mittag seine Richtigkeit gehabt hatte, fügte ich zur Erklärung in durchaus freundlicher Absicht hinzu, daß der Minister v. Schleinitz die Erhebung selbst nicht gewünscht haben möge. Die Meldung der „Nat.-Z." vom 11. Juni bleibt bei diesem Sachverhalt nach wie vor irrig.

In der gestrigen Sitzung des Bundesraths wurde, wie einige Blätter bereits gemeldet, der Gesetzentwurf betreffend das Gütertarifwesen auf deutschen Eisenbahnen mit geringen Modifikationen mit 33 gegen 19 Stimmen angenommen. Da Zweifel laut wurden, ob das Gesetz eine Verfassungsänderung enthalte, für welche der Artikel 78 der Reichsverfassung Platz greifen würde, so ist diese Frage dem Verfassungs-Ausschuß zur Prüfung überwiesen worden.

Auf der Tagesordnung der morgenden Reichstagssitzung steht bekanntlich die Interpellation Delbrück, Bamberger und Harnier, ob die Reichsregierung eine Aenderung der Münzgesetzgebung beabsichtige. Wie ich höre, dürfte die Antwort dahin ausfallen, daß die Stellung der Regierung ganz unverändert dieselbe sei, wie zu der Zeit, als die jetzt geltende Neuordnung der Münzverhältnisse ins Leben gerufen wurde.

Die Tarifkommission dürfte voraussichtlich heute die erste Lesung des einen Abschnittes der ihr überwiesenen Positionen des Zolltarifs beendigen. Es handelt sich nun um den Beschluß über den weiteren Geschäftsgang, namentlich um die Frage, ob eine zweite Lesung innerhalb der Kommission stattfinden soll, oder ob der erledigte Theil sofort dem Reichstage vorzulegen, oder endlich ob die Berathung des ganzen Tarifes, soweit er der Kommission überwiesen worden, in der letzteren erst zu beendigen sei. Die nächsten Tage werden über die in dieser Beziehung getroffene Entscheidung Kunde bringen.

Nach der auf Grund der von den Direktionsbehörden eingehenden Einnahme-Uebersichten erfolgten Zusammenstellung beträgt der vorläufig geschätzte Ertrag des Spielkartenstempels vom 1. Januar bis 31. März d. J. 352,304,22 M., und zwar an Stempelabgaben 128,064,7 M. und an Nachsteuer für Spielkarten 224,240,15 M.

Berlin, 18. Juni. Der heutige „Reichs-Anzeiger" veröffentlicht eine vom 14 Juni datirte kaiserliche Verordnung betreffend die Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden; dieselbe lautet:

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen rc. verordnen im Namen des Reiches, auf Grund des § 9 des Gesetzes über das Paßwesen vom 12. Oktober 1867 unter Aufhebung der Verordnung vom 2. Februar d. Js., betreffend die Paßpflichtigkeit der aus Rußland kommenden Reisenden, was folgt:

§ 1. Bis auf Weiteres ist jeder Reisende, welcher aus Rußland kommt, verpflichtet, sich durch einen Paß auszuweisen, welcher von der deutschen Botschaft in St. Petersburg oder einer deutschen Konsularbehörde in Rußland visirt worden ist.

§ 2. Der Paß ist beim Eintritt über die Reichsgrenze behufs Gestattung der Weiterreise der diesseitigen Grenzbehörde zur Visirung vorzulegen.

§ 3. Der Reichskanzler ist ermächtigt, die zur Ausführung gegenwärtiger Verordnung erforderlichen allgemeinen Anordnungen zu treffen.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Kaiserlichen Insiegel.

Gegeben Berlin, den 14. Juni 1879.

(L. S.) Wilhelm.

von Bismarck.

Berlin, 18. Juni. Die „Provinzial-Korr." schreibt:

„Unser Kaiser hat an den Festlichkeiten zur Feier der allerhöchsten goldenen Hochzeit bis zum letzten Augenblicke in erwünschter Kraft und Frische theilgenommen und aus den allseitigen Kundgebungen der Verehrung und Treue, welche in diesen Tagen an den Thron gebracht wurden, noch erhöhte Freudigkeit gewonnen."

„Da die Heilung der Verletzung, welche sich Se. Majestät durch den neulichen Unfall am Knie zugezogen hat, ungeachtet der Anstrengungen der letzten Festwoche stetig vorgeschritten ist, so wird der Kaiser voraussichtlich in den nächsten Tagen die beabsichtigte Reise nach Ems zu mehrwöchentlichem Kurgebrauche antreten können. Später dürfte die gewohnte Sommerkur in Wildbad Gastein folgen.

— Die Ausschußsitzung des Vereins der Privatbahnen im deutschen Reiche, welche gestern im Konferenzsaale des Potsdamer Bahnhofsgebäudes unter dem Vorsitze des Direktors Büchtemann von der Potsdamer Bahn zusammentrat, um zu dem Gesetzentwurfe über die Gütertarife der Eisenbahnen Stellung zu nehmen, kam, wie man uns mittheilt, zu dem Resultate, nach Beschlußfassung des Bundesrathes über den Gesetzentwurf, die Anschauungen des Ausschusses in einer Denkschrift niederzulegen und letztere zur Kenntniß des Reichstages, sowie aller derjenigen Kreise zu bringen, die an der Entwickelung des deutschen Eisenbahnwesens und namentlich der deutschen Privatbahnen betheiligt sind. Die Anschauungen, welche in dieser Denkschrift zum Ausdruck gelangen werden, lassen sich nach dem gestern gepflogenen Meinungsaustausch etwa dahin zusammenfassen: „Die seitens des Bundesrathes beabsichtigte Feststellung gleicher Tarifsätze für alle deutschen Bahnen, sowie die Bestimmungen über die Konkurrenz und die Leitung der Transporte gefährden in empfindlichster Weise die Rentabilität der Privatbahnen und entsprechen keineswegs der Wahrung öffentlicher Verkehrsinteressen. Bei Feststellung eines Eisenbahngütertarifes müsse doch ganz besonders der Umstand in Erwägung gezogen werden, daß nicht allerorten Deutschlands gleiche Verhältnisse obwalten und daß auch die Baukosten der Bahnen keineswegs gleiche seien. Der letztere Umstand dürfte auch bei Staatsbahnen in Erwägung zu ziehen sein. Die deutschen Eisenbahnverwaltungen seien bisher bemüht gewesen, die Entwickelung des deutschen Verkehrslebens nach Kräften zu fördern; der beabsichtigte einheitliche Gütertarifsatz dürfte jedoch wesentlich dazu beitragen, diese ihre Thätigkeit zu lähmen."

— Die Tabaksteuer-Kommission hat heute den Nachsteuerentwurf erledigt. Eine vom Abg. von Nordeck an den Regierungs-Kommissar gerichtete Anfrage, ob regierungsseitig die Annahme des Nachsteuergesetzes in der Buhl'schen Fassung als dem Zustandekommen des Tabaksteuergesetzes überhaupt förderlich betrachtet werde, wurde dahin beantwortet, daß die verbündeten Regierungen neuere Beschlüsse in der Sache nicht gefaßt hätten. Der Abg. Stephani, welcher jede Nachsteuer verwarf, wies überzeugend das Bedürfniß der Fabrikation nach reichlicher Versorgung nach und protestirte entschieden gegen den dieser Spekulation gemachten Vorwurf der Unsittlichkeit. Die Abstimmung konnte erst nach einer ziemlich turbulenten Geschäftsordnungsdebatte vorgenommen werden. Das Schlußergebniß war die Ablehnung des § 1 — und damit der ganzen Vorlage — mit 20 gegen 8 Stimmen. Die starke Majorität erklärt sich aus dem Umstande, daß der Antrag Buhl auf Unterscheidung zwischen dem ausländischen und dem inländischen Tabak mit 15 gegen 13 Stimmen abgelehnt war. Nachträglich wurde freilich behauptet, daß dabei einige Mitglieder aus Mißverständniß gegen ihre wirkliche Absicht votirt hätten. Allein auch im Falle der Annahme des Antrages Buhl würde § 1 voraussichtlich doch mit 14 gegen 14 Stimmen gefallen sein. — Die heutige Abstimmung ist auch für die Kommission noch keine definitive, da eine zweite Lesung vorbehalten ist. Dabei muß jedoch hervorgehoben werden, daß das Interesse der Tabaksbauer, welche auf eine Nachsteuer dringen, verhältnißmäßig stark in der Kommission vertreten ist, die Zusammensetzung derselben also gerade bezüglich der Nachsteuer der Lage im Reichstage kaum entspricht. Die Haltung der Regierung gegenüber der Vorlage gilt zwar nicht als eine pessimistische, wohl aber als im Ganzen gegen das Zustandekommen gleichgültige. Die Ablehnung der Nachsteuer entzieht der Steuer das augenblickliche Finanzinteresse und man liebt noch immer, die Vorlage als letzten Versuch vor der Inangriffnahme des Monopols zu bezeichnen.

— Die gestern ausgegebene „Provinzial-Correspondenz" schreibt über den Stand der Reichstagsarbeiten:

„Die wichtigsten Erörterungen für den Fortgang der Zollreform finden jetzt in der Tarif-Kommission statt, welche bald in die Berathung der eigentlichen Finanzfragen und der damit zusammenhängenden politischen Fragen eintreten wird. Zur Vorbereitung der Verständigung hierüber finden vielfach vertrauliche Besprechungen statt. Der Reichstag selbst wird wohl in den ersten Tagen des Juli in die entscheidenden Berathungen über die Finanzfragen eintreten.

Inzwischen wird der Gesetzentwurf über das Gütertarifwesen der Eisenbahnen, welcher eine nothwendige Ergänzung der wirthschaftlichen Vorlagen bildet und welcher die sachliche Zustimmung des Bundesraths (vorbehaltlich der Frage über die Verfassungsänderung) gefunden hat, voraussichtlich dem Reichstage noch vorgelegt werden."

Was die von dem ministeriellen Organ erwähnten Berathungen über die Finanzzollfragen anlangt, so wäre es nicht unmöglich, daß in den jetzigen Veranschlagungen doch vielleicht noch Aenderungen einträten. In Reichstagskreisen hat angesichts der geschäftlichen Schwierigkeiten verschiedener Art der Gedanke bereits Boden gefunden, den Zolltarif zunächst unter Ausschluß der Tabaks- und Brausteuer sowie der wichtigen Finanzzölle zum Abschluß zu bringen und die Entscheidung über die letzteren einstweilen noch vorzubehalten. Selbstverständlich ist, daß dieser Gedanke für seine Ausführung das Einverständniß des Reichskanzlers zur ersten Voraussetzung hat; wie wir von glaubwürdiger Seite hören, hält man in parlamentarischen Kreisen diese Voraussetzung unter den gegebenen Umständen für nicht schwer erreichbar.

— Die Residenzverlegung der kronprinzlichen Familie im Laufe dieses Herbstes nach Wilhelmshöhe kann nunmehr, nachdem vor wenigen Tagen Weisungen im dortigen Schlosse bezüglich der Instandsetzung gewisser Räumlichkeiten eingetroffen, nach der „N. Frkf. Pr.", als sicher gelten. Eine besondere Vorliebe zeigte der Kronprinz bei seiner jedesmaligen Anwesenheit in Wilhelmshöhe für die allerdings in mehr als einer Hinsicht reizende Löwenburg. Auch bei dem neulichen Dortsein auf der Reise von Kissingen ließ er es sich nicht nehmen, vor der Weiterreise zur Ueberraschung des Kastellans am frühen Morgen in der Löwenburg vorzusprechen. Beiläufig bemerkt ist diese nach des Architekten Jasson Plänen ausgeführte Schöpfung des Kurfürsten Wilhelm I. nicht allein um ihrer entzückenden Lage und Aussicht willen, sondern auch wegen ihres historischen Inhalts von Interesse.

— Die stürmische Sitzung in der französischen Kammer. Es liegen uns nun ausführliche Berichte über die tumultuarischen Versailler Kammerverhandlungen vom 16. Juni vor. Der Telegraph meldete bereits die Hauptvorgänge in der Sitzung, die wohl in den Annalen aller Parlamente einzig dastehen. Man beschimpfte sich nicht allein, sondern man stieß und schlug sich auch, und der Präsident Gambetta konnte dem Skandal nur dadurch ein Ende machen, daß er sein Haupt bedeckte und die Sitzung aufhob. Das Haus war überfüllt, da die Bonapartisten und Klerikalen im Voraus angekündigt hatten, „daß es zu den tollsten Dingen kommen werde".

Paul de Cassagnac, der seit seiner Heirath mit einer Nichte des Kardinals Antonelli das gefügige Werkzeug der Jesuiten geworden ist, hatte nämlich die Aufgabe übernommen, stürmische Auftritte hervorzurufen, und da man dies im Voraus wußte, so war der Zudrang nach Versailles ganz ungeheuer. Von dem diplomatischen Korps hatten sich jedoch nur Wenige eingefunden. Sehr bemerkt wurde der päpstliche Nuncius. Die Damenwelt war zahlreich vertreten; auch machten sich viele Jesuiten und sonstige Geistliche bemerkbar. Die Berathung über den Ferry'schen Gesetzentwurf betreffs des Universitäts-Unterrichts begann, so meldet man der „Kölnischen Zeitung", Schlag 3 Uhr. Paul de Cassagnac erhält zuerst das Wort. Er begann damit, daß er die Rede des Unterrichtsministers Ferry in Epinal „haßvoll" schalt, nahm das Wort aber zurück, als ihn Gambetta dazu aufforderte; er erging sich aber sogleich wieder in Schimpfereien, die er dann ebenfalls zurücknahm, um wieder zu schimpfen, bis Gambetta, nachdem Cassagnac kaum einige Minuten gesprochen hatte, die Censur mit zeitweiligem Ausschluß gegen ihn verhängte. Gambetta war hierin in seinem vollen Rechte, da der Redner die Regierung auf die schändlichste Weise beschimpft hatte. Dieser Antrag des Präsidenten auf zeitweiligen Ausschluß, der alle Hoffnungen, welche die Tumultuanten auf Cassagnac gesetzt, zu Schanden machte, versetzte dieselben in die höchste Wuth. Alle Deputirten der Rechten stiegen von ihren Sitzen herab und stürzten auf die Ministerbank zu. Die Deputirten der Linken folgten und es entstand ein furchtbares Durcheinander. Die Reaktionäre riefen den Ministern die gröbsten Schimpfnamen zu. Die Minister Tirard und Ferry erhoben sich. Ersterer, dem der Bonapartist Dariste das Wort „Feigling!" zugerufen, sprang von dem Sitz heran, erhob die Hand und rief: „Ich werde Ihnen Ohrfeigen geben". Jean David (Republikaner) sprang aber herbei und stieß Dariste zurück. Nun kam es zu einem allgemeinen Handgemenge, wobei Schimpfworte fielen, wie man sie roher kaum in den Hallen zu hören bekommt. Gambetta war ganz außer sich; er setzte seine Glocke ohne Aufhören in Bewegung und schrie sich heiser. Als er endlich einsah, daß er des Tumults nicht Herr werden konnte, bedeckte er sein Haupt, forderte die Kammer auf, sich in ihre Abtheilungen zurückzuziehen und ordnete die Räumung der Tribünen an.

Während der Pause, die nun eintrat, dauerte die Aufregung ungeschwächt fort. Paul de Cassagnac zeigte sich geradezu wüthend. Er rief, „er werde sich nur durch die Gendarmen aus der Kammer hinausfuhrwerken lassen". Dariste, welcher Tirard beschimpft hatte, zeigte sich dagegen kleinlaut und begab sich zum Präsidenten Gambetta, um sich zu entschuldigen. Während der Pause wurde der Minister Tirard wieder von einem Mitgliede der Rechten beleidigt, der ihm zurief: „Ich werde Ihnen meine Sekundanten senden", worauf der Minister erwiderte: „Ich kann das nicht annehmen, da ich nicht gelernt habe, mich mit den „Forts de

la Halle" (d. h. Starken der Halle, die dort angestellten Lastträger, welche die gröbsten Gesellen von Paris sind) zu schlagen." In den Abtheilungen kam es noch zu weiteren stürmischen Scenen. Plötzlich aber waren die Ultramontanen äußerst nachgiebig; man wollte sich diesen Umstand dadurch erklären, daß ein Jesuitenpater, den der Vatikan nach Paris gesandt, ihnen das Losungswort gegeben habe, jetzt Alles aufzubieten, damit Paul de Cassagnac nicht aus der Kammer ausgeschlossen werde. In den Abtheilungen selbst besprachen die Republikaner die Vorfälle auf's Eifrigste, und man war allgemein der Ansicht, daß man den Antrag stellen müsse, daß ein Deputirter, welcher sich zweimal die Censur mit zeitweiligem Ausschluß aus den Sitzungen zugezogen, für 10 Jahre unwählbar erklärt werden müsse. Mehrere Mitglieder hatten bei Gambetta beantragt, daß er die Sitzung für geheim erklären solle. Derselbe wollte aber nicht darauf eingehen, sondern meinte, die Sitzung müsse öffentlich bleiben, damit Frankreich die Umtriebe der Minderheit kennen lerne.

Um 4¹/₂ Uhr wurde die Sitzung wieder aufgenommen und gegen Paul de Cassagnac die Censur mit Ausschluß ausgesprochen. Die Rechte blieb ruhig, aber Paul de Cassagnac lehnte sich jetzt offen auf und rief: „Die Regierung ist eine infame Regierung!" Gambetta erklärte hierauf Paul de Cassagnac, daß von nun ab seine Worte, da er aus der Kammer ausgewiesen wäre, dem gewöhnlichen Strafgerichte verfallen seien. Er hob dann die Sitzung auf, und Paul de Cassagnac, der erst nur den Gendarmen weichen wollte, suchte einfach das Weite. Die letzte Beschimpfung Cassagnac's gegen die Regierung kommt vor das gewöhnliche Gericht; dies wurde ihm gleich nach der Sitzung mitgetheilt. Die Aufregung in Versailles läßt sich mit Worten nicht beschreiben.

— Der Khedive hat dem Proteste der Großmächte Folge gegeben und die Finanzdekrete zurückgezogen. Nach Mittheilung von „Reuter's Bureau" aus Kairo vom 15. d. hat Cherif Pascha, der Präsident des Ministerraths, ein Rundschreiben an die Generalkonsuln der Großmächte gerichtet, worin er dieselben benachrichtigt, daß das den nationalen Finanzplan verkörpernde Dekret vom 22. April annullirt worden ist, und gleichzeitig die unverzügliche und volle Zahlung der schwebenden Schuld zusagt. Die Fragen bezüglich des Zinssatzes und der Garantien der unifizirten Schuld werden den Großmächten überlassen, die, wie Cherif Pascha hofft, ihre guten Dienste bei dem Hause Rothschild u. Co. gebrauchen werden.

Was das Haus Rothschild u. Co. betrifft, so ist bekannt, daß dasselbe mit dem englischen Finanzminister im vormaligen egyptischen Kabinet Rivers Wilson eine Anleihe von 8¹/₂ Millionen Pfund Sterling gegen Verpfändung der dem Staate vom Khedive abgetretenen Ländereien abgeschlossen hat. Rothschild's gingen dabei von der Voraussetzung aus, daß sie die alleinige Hypothek auf diesen Staatsgütern haben sollten, und hatten auch eine dem entsprechende Klausel in den Anleihekontrakt aufnehmen lassen. Aber als die Rothschild'sche Hypothek auf dem internationalen Gericht zu Kairo am 1. Februar eingetragen wurde, ergab es sich, daß diese Ländereien schon mit mehreren anderen Hypotheken belastet waren. Rothschild weigerte sich nun, Zahlung zu leisten, das Ministerium Nubar Pascha—Wilson—Blignieres suchte auf dem Prozeßwege die früheren Hypotheken für ungültig erklären zu lassen. In erster Instanz gewann es den Prozeß, verlor ihn aber in der zweiten. Rothschild beharrte daher bei seiner Weigerung und die Regierung war in Folge dessen außer Stande, ihre Pläne zur Reorganisation der Finanzen durchzuführen. Nachdem nun aber die Proteste der Mächte gegen den Staatsstreich ihre Wirkung gethan, haben sich auch Rothschild's in einem Schreiben an die egyptische Regierung — wie „Reuter's Bureau" aus Alexandria vom 15. d. meldet — bereit erklärt, den Saldo auf die Domanialanleihe zu zahlen, vorausgesetzt, daß die von der viceköniglichen Familie an den Staat abgetretenen Ländereien und Paläste kraft eines vom Khedive erlassenen und von den Großmächten gebilligten Dekrets von jeder Beschlagnahme für eximirt erklärt werden.

Dem Khedive wird nichts anderes übrig bleiben, als ein solches Dekret zu geben, dessen Erlaß nicht zu billigen die Mächte kaum einen Grund haben werden. Somit dürfte denn die durch den Staatsstreich Ismail Paschas geschaffene, anfangs so gefahrdrohende Komplikation zur Zufriedenheit der zunächst betheiligten europäischen Staatsgläubiger Egyptens beseitigt sein, und die deutsche Reichsregierung darf für sich das Verdienst in Anspruch nehmen, durch ihren energischen Protest gegen die Wortbrüchigkeit des Khedive den ersten Anstoß zu dieser friedlichen Lösung der Angelegenheit gegeben zu haben.

Ausland.

Paris, 17. Juni. Während der ersten Aufhebung der Kammersitzung sandte die Gesammtlinke dem Präsidenten eine Deputation zu, die ihm zu erklären hatte, daß sie von Seiten Cassagnac's keine Entschuldigungen annehmen und die Censur mit zeitweiligem Ausschluß aus der Kammer über denselben verhängen werde. Die Strenge, welche die Kammer zeigte, kam Paul de Cassagnac augenscheinlich sehr ungelegen, da er sich nach der Sitzung mit seinem Vater, der ebenfalls Deputirter ist, zum Präsidenten Gambetta begab, um denselben zu ersuchen, aus dem amtlichen Kammerbericht die Stelle zu streichen, worin er sagte, daß die Regierung eine „infame" sei, um so gegen gerichtliche Verfolgung sichergestellt zu sein. Gambetta soll dies bewilligt haben, wobei zu bemerken ist, daß Paul de Cassagnac, nachdem er durch Kammerbeschluß von den Sitzungen ausgeschlossen worden war, seinen Sitz wieder eingenommen hatte und Präsident Gambetta deshalb genöthigt war, die Sitzung zum zweiten Mal zu vertagen. Später verließ Paul de Cassagnac den Saal, aber nur erst in Folge der Bitten seiner Freunde. Während der ersten Suspendirung der Kammer ging es äußerst stürmisch zu, daß der militärische Kommandant des Palais der Deputirtenkammer, Oberst Rieux, der gewöhnlich in bürgerlicher Kleidung ist, es für nothwendig hielt, seine Uniform anzulegen. Zwischen einem der Quästoren, de Mahy, und den Bonapartisten kam es während der ersten Suspendirung zu einem Konflikte. Die Bonapartisten hatten sich in einem besonderen Saal versammelt, was gegen die Geschäftsordnung ist; Mahy forderte sie auf, den Saal zu verlassen; da man aber nicht Folge leistete, so gab der Quästor Befehl, die Wache herbeizurufen. Die Bonapartisten räumten nun das Feld, nur einer, le Provost de Launay, wurde frech; er gab jedoch klein bei, als Mahy ihm erklärte, „er finde seinen Mann an ihm, wenn er aus der Frage eine persönliche machen wolle."

London, 17. Juni. Die neuesten Nachrichten vom Zulukriegsschauplatze lassen die Lage der Dinge dort in sehr bedenklichem Lichte erscheinen und es wird hohe Zeit, daß Sir Garnet Wolseley, auf den man jetzt alle Hoffnungen setzt, die Kriegsleitung in die Hand nimmt. Der bewährte Korrespondent der „Daily News", Archibald Forbes, meldet unterm 23. Mai aus Landsmanns Drifft:

„Ich vernehme, daß Lord Chelmsford den Kriegsminister durch die letzte Post wissen ließ, daß er in militärischem Sinne bereit gewesen und der Vormarsch nur durch den Mangel an Transport- und Lebensmitteln verzögert worden sei. Dies trifft durchaus nicht zu. Die augenblickliche Nichtbereitschaft zeigt sich auf's Deutlichste bei den nothwendigsten militärischen Einzelheiten, ganz abgesehen von dem Transportwesen und den Vorräthen. Die Regimenter der zweiten Division sollen angeblich in Brigaden umgeformt werden, während ein Brigadier bis jetzt weder ernannt noch eingesetzt worden ist. Man weiß noch nicht einmal, ob eine oder zwei Brigaden gebildet werden sollen. Ebensowenig sind irgend welche Vorkehrungen getroffen worden, um den Transport der Reserve-Munition der Regimenter für den Marsch zu sichern. Ja, man hat sich noch nicht einmal darüber verständigt, auf welchem Wege die Invasion erfolgen soll. Die Willensschwäche und seltsame Unentschlossenheit in wichtigen Angelegenheiten und die noch eigenthümlichere Mißachtung und Vernachlässigung von Detail-Anordnungen, die sich in der Oberleitung geltend machen, tragen nicht wenig dazu bei, die Bemühungen Untergebener für eine energische Aktion lahm zu legen.

Der Stand der Dinge ist beinahe lächerlich, allein er treibt praktische und pflichtbewußte Militärs beinahe zum Wahnsinn. Der Abmarsch von hier kann nächste Woche durchgeführt werden, wenn Lord Chelmsford endlich über einen Invasionsplan schlüssig wird. Es wird gemeldet, daß Cetewayo das Anerbieten gemacht habe, sich selbst als Bürge für die Aufrichtigkeit seiner angebotenen Unterwerfung zu stellen. Der Stand der Angelegenheiten, welchen zu beschreiben ich einen Versuch gemacht habe, findet seine Bestätigung in der Thatsache, daß Männer, denen es ernstlich um Kampf und Ruhm zu thun ist, hoffen, daß diese Nachricht sich bestätige."

Provinzielles.

Stettin, 19. Juni. Einem in Greifswald unter dem Vorsitz des Stadtsyndikus Dr. Schultze daselbst zusammengetretenen Komitee ist die Erlaubniß zur Anfertigung der Vorarbeiten für eine Eisenbahn untergeordneter Bedeutung von Grimmen über Richtenberg nach Velgast resp. Starkow zum Anschluß an die projektirte Eisenbahn von Stralsund nach Rostock ertheilt worden.

— Zum bleibenden Gedächtniß an die goldene Hochzeitsfeier des Kaisers hat der Johanniter-Orden ein Ordens-Krankenhaus zu Polzin errichten lassen, und wurde die hierauf bezügliche Urkunde durch den Herrenmeister des Ordens, den Prinzen Karl von Preußen, den Majestäten überreicht. Das Titelblatt enthält die in Aquarell künstlerisch ausgeführte Ansicht des Hauses und dessen parkartige Umgebung, darüber das in den Lüften schwebende Johanniterkreuz; echt vergoldete Arabesken umrahmen das Ganze, zu unterst von einem weißen Bande ausgehend, das die Buchstaben A. W. umschlingt und die Aufschrift trägt: „Johanniter-Krankenhaus zu Polzin in Pommern."

— Heute Morgen wurde in der Nähe der Silberwiese, dicht an der Eisenbahnbrücke, die Leiche eines Mannes aus der Oder gezogen. Ob derselbe gleichfalls ein Opfer der Unglücks-Katastrophe vom „Orpheus", ist noch nicht erwiesen.

— Wie wir bereits mittheilten, ist Oberschlesien und namentlich die Umgegend von Ratibor dieser Tage durch heftige Regengüsse und Wolkenbrüche schwer heimgesucht. Die Aussicht auf die Ernte ist dadurch fast vollständig vernichtet und die Noth der an sich armen dortigen Bevölkerung, die sich bereits seit Jahren schon in einem Kampfe mit Kummer und Elend befindet, auf das Höchste gestiegen. Diese wenigstens zum Theil zu mildern, haben sich denn auch bereits dort Lokalkomitee's gebildet, deren Hülfe freilich nicht umfassend genug sein kann, um einen Appell an die allgemeine Mildthätigkeit auszuschließen. Einen solchen nun richtet auch der Kommissionsrath Herr Adolph Hausmann, Berlin, Oranienburgerstraße 60/63, im Inseratentheil der heutigen Nummer zunächst an seine spezielleren Landsleute, dann aber an Alle, denen ein günstiges Geschick es gestattet, die Tugend des Wohlthuns zu üben. Wir machen an dieser Stelle unsere Leser auf diesen Aufruf mit dem Wunsche aufmerksam, daß derselbe trotz der Ungunst der Zeit erfreulichen Erfolg haben möge, und weisen noch darauf hin, daß Herr Hausmann selbst zur Entgegennahme von Beiträgen bereit ist.

— Vergleichende Zusammenstellung der Betriebs-Einnahmen der Berlin-Stettiner Eisenbahn. I. Stammbahn (Berlin-Stettin-Stargard, Eberswalde-Frankfurt a. O., Angermünde-Freienwalde a. O., Ducherow-Swinemünde und Pasewalk-preußisch-mecklenburgische Landesgrenze. — 348 Kilometer.) Einnahme im Monat Mai 1879 811,780 M., im Monat Mai 1878 748,940 M., mithin im Monat Mai 1879 mehr 62,840 M., überhaupt im Jahre 1879 gegen 1878 weniger 135,308 M. — II. Vorpommersche Zweigbahnen (Angermünde-Stralsund, Stettin-Pasewalk, Züssow-Wolgast. Einnahme im Monat Mai 1879 225,227 M., im Monat Mai 1878 198,823 M., mithin im Monat Mai 1879 mehr 26,404 M., überhaupt im Jahre 1879 gegen 1878 weniger 47,060 M. — III. Angermünde-Schwedter Bahn, deren Betrieb die Berlin-Stettiner Eisenbahn-Verwaltung leitet. Einnahme im Monat Mai 1879 8371 M., im Monat Mai 1878 7737 M., mithin im Monat Mai 1879 mehr 634 M., überhaupt im Jahre 1879 gegen 1878 weniger 3167 M.

— Ueber einen Münzfund schreibt die „Strg. Ztg.": Auf dem zu Rackitt, Kreis Pyritz, gehörigen Hauswalle, einer zwischen Wiesen gelegenen Anhöhe, sind zu Anfang dieses Monats beim Chausseebau 11 Thaler gefunden worden. Dieselben hatten in einem Topfe gelegen, der beim Graben zerstochen ward. Die Kreisverwaltung hatte diese Münzen, deren Gepräge sehr gut erhalten ist, Herrn Dr. Blasendorff in Pyritz zur Bestimmung und vorläufigen Aufbewahrung übergeben. Sämmtliche Münzen stammen aus dem Ende des 16. und dem Anfange des 17. Jahrhunderts. Es sind 3 niederländische, 1 polnischer und 7 deutsche, unter letzteren ein Thaler von Bogislaw XIV. (des letzten Pommernherzogs) von 1633. Man darf annehmen, daß der Schatz während des 30jährigen Krieges vergraben worden ist, und dazu stimmt die auf glaubwürdiger Ueberlieferung beruhende Nachricht, daß der Hauswall den Bewohnern Rackitts in den gefährlichen Zeiten jenes Krieges zum Aufenthaltsorte gedient hat.

Demmin, 16. Juni. Den sämmtlichen Diätarien an dem hiesigen königlichen Kreisgericht ist ihre Stelle zum 1. Oktober cr. gekündigt.

⊙ **Schlönwitz** bei Schivelbein, 18. Juni. Am 17. d. Mts. feierte der Apotheker G. Pitsch in Schlönwitz das Fest der goldenen Hochzeit. Das Ehepaar erfreut sich einer seltenen Rüstigkeit und befindet sich in wohlhabenden Verhältnissen. Umgeben von Kindern und Kindeskindern, hochverehrt von den Bewohnern des Orts und der Umgegend, gestaltete sich die Feier zu einem Jubelfeste im schönsten Sinne des Wortes.

Vermischtes.

— Die Sprachunkenntniß der Franzosen hat ihnen schon manchen Streich gespielt. Die „Post" kann die Sammlung um einen allerliebsten Beitrag bereichern. Das bekannte Auskunfts-Bureau von W. Schimmelpfennig versendet, wie dies in der Geschäftswelt vielfach üblich, alljährlich an seine Freunde und Bekannte zu Neujahr Gratulationen in Form von Visitenkarten, bei denen unter dem Namen der Satz gedruckt steht: „Meine besten Glückwünsche zum neuen Jahr!" Von diesen Karten wurden auch eine Anzahl an Geschäftsfreunde nach Frankreich verschickt. Seit dieser Zeit treffen nun aber Briefe ein, die folgende Adresse tragen: „Monsieur W. Schimmelpfennig. Meine besten Glückwünsche zum neuen Jahr à Berlin." Der Absender befindet sich in dem Wahne, daß „Meine besten Glückwünsche zum neuen Jahr" der Titel des Herrn W. Schimmelpfennig sei!

Literarisches.

Wir haben bereits wiederholt auf die Monatsschrift „Deutsche Rundschau" von Rodenberg aufmerksam gemacht. Sie ist das erste Unternehmen dieser Art in Deutschland und auch heute noch das beste. Uns liegt das Juni-Heft vor. Dasselbe bringt Louise von François, Der Katzenjunker. III bis V. Karl Hillebrand, Das Ende des Julikönigthums. (Nach meist ungedruckten oder jüngst veröffentlichten Quellen.) B. Erdmann, Zur Charakteristik der Philosophie der Gegenwart in Deutschland. I/II. Franz Dingelstedt, Münchener Bilderbogen. IV. Das Ende des Anfangs. Rudolph Genée, Hanswurst und seine Verwandtschaft. Zur Geschichte der komischen Theaterfigur, hauptsächlich in England und Deutschland. Louis Ehlert, Musik und Geselligkeit. Heinrich Homberger, Ernst Renan und die deutsche Kultur. Literarische Rundschau. [81]

Webers Demokritos oder hinterlassene Papiere eines lachenden Philosophen. Stuttgart, Riegers Verlag. Alle Freunde sprudelnden Humors machen wir auf die treffliche Ausgabe dieses berühmten Humoristen aufmerksam, der alle Verhältnisse des menschlichen Lebens von der humoristischen Seite aufzufassen versteht. Die Ausgabe schreitet schnell vorwärts und wird in Kurzem das ganze Werk vollendet vor uns liegen. [99]

Gewerbehalle, Organ für den Fortschritt in allen Zweigen der Kunstindustrie von Schill, Verlag von Engelhorn in Stuttgart. Wir haben bereits wiederholt auf dies treffliche Werk aufmerksam gemacht. Jedes Heft zu 1,50 M. bringt in groß Folio 8 Muster (davon eines kolorirt) und einen Bogen Text. Jeder Handwerker findet in dieser Gewerbehalle mithin eine reiche Mustersammlung. Wir können das Werk, von dem monatlich ein Heft erscheint, warm empfehlen. [97]

Wollberichte.

Berlin, 18. Juni, Abends. Das Geschäft auf den Lägern der Stadt entwickelte sich heute im Laufe des Tages sehr schwerfällig, da unsere gewöhnlichen Käufer, die Kämmer und Fabrikanten, mit wenig Animation sich dazu verstehen, eine Preiserhöhung gegen das vorige Jahr zu bewilligen. Erst im Laufe des Nachmittags sind verschiedene Abschlüsse bekannt geworden, wobei eine gegenseitige Nachgiebigkeit zwischen Käufer und Verkäufer geübt werden mußte. Zu Kammzwecken wurden kaum 2000 Ctr. und zur Stofffabrikation ein ähnliches Quantum aus dem Markt genommen. — Unterhandlungen finden noch in der weitgehendsten Ausdehnung statt, und ist es zweifellos, daß eine Einigung noch bewirkt wird, doch fehlen dieses Jahr viele Großkäufer, wie Kämmer und das Ausland, welche wahrscheinlich durch die Nachrichten von den hohen Preisen der schlesischen Wollmärkte, in dem Glauben, daß auch unsere mittleren Qualitäten einen ähnlichen Aufschlag haben würden, sich haben zurückhalten lassen, unsern Markt zu besuchen. Erst morgen am Wollmarktstage läßt sich über den Ausfall des Geschäfts etwas sicheres berichten, ebenso die Preise, welche angelegt wurden, mit Zahlen genauer angeben Jedenfalls wird morgen auch auf den Lägern der Stadt ein regeres Geschäft stattfinden, wenn erst sämmtliche Interessenten sich über die Preise geeinigt haben.

Telegraphische Depeschen.

Köln, 18. Juni. Wie der „Köln. Ztg." aus Messina vom 18. d. gemeldet wird, haben zu Santa Venerina bei der Station Giarra heute mehrere Erdstöße stattgefunden. Mehrere Häuser sind eingestürzt und hierbei einige Personen ums Leben gekommen. In Messina ist von den Erdstößen nichts verspürt worden.

Braunschweig, 18. Juni. Der Landtag hat beschlossen, die Petitionen von Professoren der Universitäten Straßburg und Marburg um Abstellung von Mängeln der Bibliothek Wolfenbüttel der Regierung zur Berücksichtigung zu empfehlen.

Frankfurt a. M., 18. Juni. In dem Prozesse gegen die „Frankfurter Zeitung" wegen der Reproduktion des stenographischen Berichts über die Sitzung der Strafkammer vom 17. Februar, in welcher der Prozeß wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck durch die „Frankfurter Zeitung" verhandelt worden war, hat heute die Strafkammer des hiesigen Stadtgerichts den Redakteur Dr. Stern wegen Beleidigung des Fürsten Bismarck zu einer Zusatzstrafe von 2 Monaten Gefängniß verurtheilt. Der Verfertiger des stenographischen Berichtes ist freigesprochen worden.

Wien, 18. Juni. Meldungen der „Politischen Korresp.":

Gegenüber den von einem Theile der hiesigen Presse immer wieder kolportirten beunruhigenden Gerüchten wird in einem offiziösen Communique nochmals konstatirt, daß die Nachricht, der neuernannte russische Konsul in Bosnien sei von der Pforte mit dem Berat versehen worden, erfunden sei. Ebenso sei die Nachricht, die römische Kurie habe sich im Hinblick auf die Konvention vom 21. d. Mts. geweigert, mit Oesterreich bezüglich der Regelung der kirchlichen Verhältnisse Bosniens und der Herzegowina zu verhandeln, gänzlich unwahr. Vielmehr habe die Kurie gerade in den letzten Tagen diese Verhandlungen aus eigener Initiative schriftlich in Anregung gebracht. Die genannte Korrespondenz konstatirt ferner, daß alle Gerüchte über Mobilisirungen und umfassende Vorbereitungen für einen Einmarsch österreichischer Truppen in das Sandschak Novibazar reine Erfindungen tendenziöser Natur seien. Von Seiten der Regierung sei vorerst nur die Ausführung des Artikel VII. der Konvention in Aussicht genommen, nämlich die Absendung militärischer Sachverständigen, welche im Einvernehmen mit Kommissären der Pforte Erhebungen über den Zustand der Wege, der Kommunikationen und der Unterkunft für die Truppen zu machen hätten. Die Behauptung, daß die Pforte Schwierigkeiten bezüglich der Ernennung der Kommissäre erhoben habe, sei aus der Luft gegriffen. Es werde von dem Resultate der Enquete abhängen, ob, wann und wohin ein Einmarsch stattfinden werde. Hierbei werde der Kostenpunkt für die Regierung ausschlaggebend sein. Die Regierung richte an das große Publikum die Mahnung, sich durch die Sprache der oppositionellen Organe nicht beirren zu lassen.

Der Kaiser begiebt sich heute Abend zu einem viertägigen Aufenthalte nach Ischl. Heute beehrte der Kaiser den Grafen Andrassy abermals mit einem längeren Besuch.

Paris, 18. Juni. Nach der der Deputirtenkammer gemachten Vorlage betreffend Abänderungen der Geschäftsordnung soll es fortan zuläßig sein, einen Deputirten, welcher sich wiederholte Ausschreitungen in seinen Reden hat zu Schulden kommen lassen, bis zum Ende der Session von der Theilnahme an den Sitzungen der Kammern auszuschließen.

Nach der Sitzung des Kongresses beabsichtigt die Regierung einen Gesetzentwurf vorzulegen betreffend die näheren Bestimmungen über den der öffentlichen Gewalten.

Cherson, 18. Juni. Das Individuum, welches den am 17. d. gemeldeten Diebstahl von 1¹/₂ Millionen Rubel in der hiesigen Rentei verübt hat, ist ergriffen worden. Eine Million Rubel sind bei demselben vorgefunden worden.

Algier, 18. Juni. Die französischen Truppen sind gestern in die Ortschaft Elhamman, welche in der Mitte des Gebietes der Ouled Daouds liegt, eingedrungen und fanden den Ort verlassen. Der Scheriff und seine Anhänger sind in unbekannter Richtung entflohen.